55. RR-Sitzung am 03.04.2014 - Ergebnisse der Beratungen

<u>TOP</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Abstimmung im Ausschuss</u>	<u>Beschluss im Regionalrat</u>
4.	<p>84. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Krefeld (Flächentausch und Änderung div. ASB/ GIB) hier: Aufstellungsbeschluss</p>	<p><u>PA - Beschluss:</u> einstimmig, ohne Beteiligung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</p>	<p>Der Vorsitzende lässt getrennt abstimmen.</p> <p>Zu den Bereichen der Anlage 1, Blatt 1 (Krefeld Inrath – „Sonderlage Nord“) und Blatt 2 (Krefeld Fischeln – „Fischeln Südost“)</p> <p><u>Beschluss:</u> einstimmig</p> <p>Zu den Bereichen Anlage 1 Blatt 3 (Krefeld Forstwald – „Konversionsstandort“) und Blatt 4 (Krefeld Uerdingen Nord – „Elfrather See“)</p> <p><u>Beschluss:</u> einstimmig, bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Vertreterin der Partei Die Linke</p>
5.	<p>Information über den Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hier: Berichterstattung und Beschlussfassung</p>	<p><u>PA - Beschluss:</u> einstimmig</p>	<p><u>Beschluss:</u> einstimmig</p>
6.	<p>Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2014 hier: Berichterstattung und Beschlussfassung</p>	<p><u>VA - Beschluss:</u> mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen der FDP-Fraktion</p>	<p><u>Beschluss:</u> mehrheitlich, bei drei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und einer Stimmenthaltung des Vertreters der Freien Wähler</p>

55. RR-Sitzung am 03.04.2014 - Ergebnisse der Beratungen

<u>TOP</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Abstimmung im Ausschuss</u>	<u>Beschluss im Regionalrat</u>
7.	Förderprogramm für die Nahmobilität 2014 hier: Berichterstattung und Beschlussfassung	<p><u>VA - Beschluss:</u> einstimmig bei einer Stimmenthaltung der FDP-Fraktion</p> <p>Zuvor wurde der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP abgelehnt, alle Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu streichen und die dadurch frei werdenden Fördermittel in Höhe von 72.000 € für eine andere Maßnahme zu verwenden bzw. diese an zu finanzieren.</p>	<p><u>Beschluss:</u> einstimmig, bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und des Vertreters der Freien Wähler</p>
8. (neu)	Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) –Teil Straße- hier: Sachstandsbericht über die Landesmeldungen von Projektvorschlägen zur Bewertung	<p><u>VA - Beschluss:</u> einstimmig</p> <p>Auf Anregung der CDU-Fraktion möge der Regionalratsvorsitzende das MBWSV NRW erneut um ergänzende Begründung für die Nichtberücksichtigung der vom Regionalrat beschlossenen Projektvorschläge zur Neuaufstellung des BVWP bitten, da es auf frühere Schreiben nicht reagiert hat.</p> <p>Sollte eine Antwort des Ministeriums nicht bis zur Regionalratssitzung vorliegen, soll dann beraten werden, die Projektvorschläge als Dritter direkt dem Bundesministerium zu unterbreiten.</p> <p>Der Verkehrsausschuss bittet den Regionalrat das Thema auf die Tagesordnung seiner Sitzung am 04.03.2014 zu nehmen.</p>	<p>Der Regionalratsvorsitzende wird gebeten, die vom Regionalrat beschlossenen Projektvorschläge zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans, die vom Land nicht berücksichtigt wurden, an das Bundesverkehrsministerium zu melden.</p> <p>Der Landesverkehrsminister soll eine Durchschrift dieses Schreibens erhalten. Die Geschäftsführer der Fraktionen erhalten eine Durchschrift dieses Schreibens zur Kenntnis.</p> <p><u>Beschluss:</u> mehrheitlich, bei fünf Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke</p>

55. RR-Sitzung am 03.04.2014 - Ergebnisse der Beratungen

<u>TOP</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Abstimmung im Ausschuss</u>	<u>Beschluss im Regionalrat</u>
9. (neu)	Erstellung des Klimaschutzplans NRW	<u>PA - Beschluss:</u> Der Planungsausschuss beschließt einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Regionalrat zu bitten, das Thema auf die Tagesordnung seiner Sitzung am 04.03.2014 zu nehmen.	<p>Auf der Grundlage des Schreibens der CDU- und FDP-Fraktion vom 02.04.2014 beschließt der Regionalrat die aus der Anlage 1 ersichtliche Stellungnahme und bittet den Vorsitzenden diese an das Umweltministerium weiter zu leiten.</p> <p><u>Beschluss:</u> mehrheitlich, bei fünf Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke</p>
10. (neu)	Ergänzende Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans hier: Konversionsflächen	<u>PA - Beschluss:</u> Der Planungsausschuss beschließt einstimmig den Regionalrat zu bitten, das Thema auf die Tagesordnung seiner Sitzung am 04.03.2014 zu nehmen.	<p>Der Regionalrat bittet die Bezirksregierung, das als Tischvorlage zu TOP 8/ 55.PA-Sitzung vorliegende Schreiben an die Staatskanzlei am Ende um folgenden Satz zu ergänzen: „Dabei geht der Regionalrat davon aus, dass das Verfahren für die anderen militärischen Konversationsstandorte ergebnisoffen geführt wird.“</p> <p><u>Beschluss:</u> mehrheitlich</p> <p>Für den Fall, dass die Bezirksregierung diesem Wunsch nicht nachkommt, beschließt der Regionalrat einstimmig, dass dieser Hinweis im Protokoll ausdrücklich festgehalten wird.</p> <p><u>Beschluss:</u> einstimmig</p>

55. RR-Sitzung am 03.04.2014 - Ergebnisse der Beratungen

<u>TOP</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Abstimmung im Ausschuss</u>	<u>Beschluss im Regionalrat</u>
11. (neu)	Resolutionsentwurf der CDU- und FDP-Fraktion zum Braunkohletagebau Garzweiler II vom 02.04.2014	keine Vorberatung im Ausschuss.	<p>Entsprechend dem Schreiben der CDU- und FDP-Fraktion vom 02.04.2014 beschließt der Regionalrat die als Anlage 2 beigefügte Resolution und bittet den Regionalratsvorsitzenden diese an die Landesregierung weiter zu leiten.</p> <p><u>Beschluss:</u> Gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der Vertreterin der Partei Die Linke mehrheitlich beschlossen.</p>
12. (neu)	Entwurf des Gesetzes zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr	keine Vorberatung im Ausschuss.	<p>Der Regionalrat bittet den Regionalratsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Fraktionen eine gemeinsame Stellungnahme hierzu zu erarbeiten und das nähere Vorgehen abzuklären. Die Einzelheiten sollen im Ältestenrat festgelegt werden.</p>

Stellungnahme des Regionalrates des Regierungsbezirks Düsseldorf zum „Katalog rahmensetzender Maßnahmenvorschläge aus dem Beteiligungsprozess zum Klimaschutzplan NRW“

Zu diesen 32 Maßnahmen ergehen aus Sicht des Regionalrates Düsseldorf folgende Anmerkungen:

Ein genereller Vorrang für erneuerbare Energien ist abzulehnen, da hierdurch nicht nur das Gebot einer fachlichen Abwägung unterlaufen wird, sondern darüber hinaus auch Sicherheit der Energieversorgung im Industrieland Nordrhein-Westfalen gefährdet wird.

Insbesondere die energieintensiven Industriezweige in NRW sind auf eine sichere und auch wirtschaftliche Energieversorgung angewiesen.

Die geplanten Ansiedlungsregelungen für neue Kraftwerke in der Landesplanung wurden bereits in der Stellungnahme des Regionalrates Düsseldorf zum Entwurf des Landesentwicklungsplans moniert und eine Festlegung von Mindestwirkungsgraden abgelehnt.

Dies gilt auch für die unter den Ziffern 4. und 5. aufgeführten Maßnahmenvorschläge.

Ziffer 6. sieht die Initiative für ein Kohleausstiegsgesetz auf Bundesebene vor. Diese Initiative lehnen wir rundweg ab, da Sie in massivster Weise die wirtschaftliche Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen gefährdet. Wie bereits dargelegt, sind die energieintensiven Industrien in NRW zwingend auf eine sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen. Diese wird nach wie vor und auch zukünftig durch die Rheinische Braunkohle sichergestellt werden.

Zur Thematik der stärkeren Berücksichtigung von klimawirksamen Aspekten der Siedlungsentwicklung bei der Neuaufstellung des LEP hat der Regionalrat Düsseldorf ebenfalls in seiner Stellungnahme zum LEP Position bezogen. Die Entwicklung des Freiraums und der Klimaschutz dürfen nicht zu Lasten einer zukünftigen bedarfsgerechten Flächenentwicklung gehen.

Bei der beabsichtigten Sicherung multimodaler Umschlaganlagen sind die bereits bestehenden Initiativen zur Sicherung und Entwicklung des Logistikstandortes Nordrhein-Westfalen, wie z.B. des Logistikregion Rheinland e.V., zu berücksichtigen.

Beim geplanten Umbruchverbot von Dauergrünland und bei der vorgesehenen Wiedervernässung von Mooren ist sicherzustellen, dass hier eine sachgerechte Abwägung mit den Belangen der Landwirtschaft vorgenommen wird.

Weiterhin ist unter Ziffer 20. die Ausweitung von Waldflächen, insbesondere auch auf Brachflächen, zu prüfen. Bevor Brachflächen für die Aufforstung genutzt werden, sind aus hiesiger Sicht im Sinne des sparsamen Umgangs mit der Fläche vorher andere Nutzungsmöglichkeiten, z.B. für Wohnen und Gewerbe, zu prüfen.

Zu den Maßnahmenvorschlägen für die Klimafolgenanpassung (Ziffern 21. bis 32.) ist anzumerken, dass sich diese entweder bereits auf einer sehr konkreten Projektebene (Maßnahmen an Gewässern) oder auf einer abstrakten, strategischen Ebene bewegen, die derzeit aus hiesiger Sicht noch nicht beurteilt werden kann.

Insgesamt muss jedoch auch bei den geplanten Maßnahmen aus dem Bereich der Klimafolgenanpassung im Zuge der Umsetzung eine sachgerechte Abwägung mit anderen Belangen und eine Beteiligung der von den Maßnahmen Betroffenen erfolgen.

Der Regionalrat Düsseldorf fordert eine frühzeitige Beteiligung im kommenden offiziellen Beteiligungsverfahren zum Umweltbericht für den Klimaschutzplan. Er wird hier noch einmal umfassend Stellung nehmen.

Resolution des Regionalrates des Regierungsbezirks Düsseldorf zum Braunkohletagebau Garzweiler II

„Vorzeitiges Ende von Garzweiler II schadet der gesamten Region“

Die Ankündigung der Landesregierung im Rahmen der Fortführung des Tagebaus Garzweiler II auf die Umsiedlung von Holzweiler, Dackweiler und Hof Hauweiler verzichten zu wollen und somit den Tagebau zu verkleinern, hat in der Region für große Verunsicherung gesorgt. Die frühzeitige Ankündigung der Landesregierung, auf einen Teil der für den ursprünglich geplanten Betrieb des Tagebaus bis 2045 notwendigen Umsiedlungen zu verzichten widerspricht der bisherigen Praxis, die Notwendigkeit von Umsiedlungen dann konkret zu prüfen, wenn sie zeitlich anstehen.

Die Ankündigung, eine neue Leitentscheidung herbeiführen und dadurch den Tagebau verkleinern zu wollen, kommt einem Signal des Landes gleich, frühzeitig aus dem Industriezweig Braunkohle aussteigen zu wollen.

Die Ausführungen der Landesregierung sind ein Signal zum falschen Zeitpunkt. Der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie verlangt für unbestimmte Zeit noch eine sichere, verfügbare und grundlastfähige Energieversorgung. Erneuerbare Energien und die verfügbaren Speichertechnologien sind noch nicht in der Lage, dies zu gewährleisten.

Diese Rolle kommt der Rheinischen Braunkohle als verfügbarer und wirtschaftlicher heimischer Energieträger zu. Vor dem Hintergrund der aktuellen internationalen Entwicklungen ist der Aspekt der Versorgungssicherheit für unseren Wirtschaftsstandort von besonderer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die energieintensiven Industrien in unserer Region, die auf eine sichere und kostengünstige Stromversorgung zwingend angewiesen sind.

Ein frühzeitiger Ausstieg aus der Braunkohle stellt, bei allem Verständnis für die von der Umsiedlung betroffenen Menschen, vor diesem Hintergrund eine ernst zu nehmende Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen dar, die unter allen Umständen vermieden werden muss, denn rund 35.000,- Arbeitsplätze hängen in Nordrhein-Westfalen von der Braunkohle ab.

Vor diesem Hintergrund lehnt der Regionalrat Düsseldorf die von der Landesregierung geplante Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II ab.